

Die Zukunft ist offen: pessimistische Variante

Einer Studie zufolge wurden bislang 1,7 Mrd. Witze über die phonetische Ähnlichkeit von »cozze« und »Kotze« gemacht, wenig überraschend zu 96,8% von deutschen Touristen während ihres Italienurlaubs. Die übrigen 3,2% der Witze sollen auf sozialen Medien Verbreitung gefunden haben; der durchschnittliche cozze-Witz erhält dort 13 Likes. Dem Vernehmen nach möchte Elon Musk daraus ein Geschäftsmodell entwickeln und den Gebrauch von cozze-Witzen auf X künftig gebührenpflichtig machen.

*

Die kleinste deutsche Sprachgemeinschaft dürfte die des »Nehrungskurischen« sein, eine Mischform aus Lettisch, Deutsch, Niederdeutsch, Niederpreußisch, Litauisch, die auf der Kurischen Nehrung gesprochen wurde. 2015, so ist zu lesen, habe es noch sieben Sprecher gegeben. Da dieser wackere Haufen schon damals in fortgeschrittenem Alter gewesen sein muss, ist die Annahme des zwischenzeitlich eingetretenen Sprachtods nicht unplausibel.

*

In Anlehnung an den *Atlas der gefährdeten Sprachen*, den die UNESCO seit 1996 führt, um in Kategorien zwischen »potenziell gefährdet« und »moribund« zu bilanzieren, welche Kommunikationsgemeinschaft demnächst von der Welt zu verschwinden droht, soll demnächst bei der Duden-Redaktion eine Abteilung für gefährdete Wörter angesiedelt werden. Das Vorhaben zielt darauf, eine Art Abnutzungsliste von Wörtern zu erstellen, denen durch böswilligen Fehlgebrauch die politische Salonfähigkeit abhandengekommen ist. Wie man hört, werden in einem ersten Schritt als »ernsthaft gefährdet« eingestuft: Abendland, Alternative, Anstand, Aufstand, Biedermann, Brandmauer, Brandstifter, Demokratie, Elite, Fakten, Freiheit, Friede, Grippe, Ideologie, Impfen, Kehrtwende, Klima, Kleber, Lüge,

Mainstream, Meinungsfreiheit, Montagsdemo, Schande, Spaziergang, Vogelschiss, Wahrheit – auch in der Variante »Mut zur Wahrheit« – Widerstand, ziviler Ungehorsam.

*

Bereits als »moribund« eingestuft wurde das Wort »Kritik«. Der – eine Spur zu dramatisch mit »extinction report« überschriebene – Vermerk dazu hält fest: »Kritik« war einst ein ehrbares Geschäft. Kein Geringerer als Immanuel Kant hat die Epoche der Aufklärung einmal als ›Zeitalter der Kritik‹ bezeichnet. Heute dagegen gilt es bereits als ›Kritik‹, einem jahrhundertlang unangefochten konsentierten Wissensstand eine eigene Googleuche entgegenzuhalten. Querdenker, Querulanten, Klima- und Impfskeptiker attestieren sich selbst eine ›kritische Haltung‹, wo sie sich tatsächlich nur den Errungenschaften der modernen Rationalität widersetzen. Unter diesen Umständen wird empfohlen, auf die Verwendung des Wortes ›Kritik‹ einstweilen zu verzichten. Über eine Wiedereinführung sollte erst dann nachgedacht werden, wenn eine kritische Masse über die Fähigkeit verfügt, zwischen Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit zu differenzieren.«

*

Jens Spahn tritt für die Gleichberechtigung von Homosexuellen ein, hat als Gesundheitsminister die Debatte über eine Impfpflicht als »wichtig« bezeichnet und sich selbst hunderte Male wortgleich mit dem Satz »Wir werden einander viel verzeihen müssen« exkulpiert. Der Bundesverband wertkonservativer Plagiatsxperten e.V., dem gewohnheitsrechtlich ein Vetorecht bei Bundesverfassungsrichterverwahlen zusteht, hat bereits jetzt Widerstand gegen »diesen links-extrem-versifft-ideologischen Aktivisten« angekündigt, sollte Spahn nach Karlsruhe delegiert werden.

*

Die SPD erwägt, Jens Spahn als Bundesverfassungsrichter zu nominieren; die FDP kommt ihr jedoch zuvor.

*

Die CSU setzt durch, dass für den Militärhaushalt künftig 7% des Bruttoinlandsprodukts eingeplant werden. Da nun damit zu rechnen sei, dass mit weiblichen Soldaten auch »potentielle Träger einer Leibesfrucht« Dienst an der Waffe tun, könne nur so sichergestellt

werden, dass künftige Veteraninnen ebenfalls in den Genuss einer Mütterrente kämen. Man sende damit zugleich »ein kraftvolles Signal an die transatlantischen Verbündeten« und erneure die Rolle der CSU als »Stimme eines zeitgemäßen Feminismus«.



Pressemitteilung der Bundesregierung zum 1. Jahrestag des Sturzes von Baschar al-Assad: »Mit dem Untergang des syrischen Regimes sind 13 Jahre Bürgerkrieg, Folter und Vertreibung zu Ende gegangen. Dies ist ein Grund zur Freude für das syrische Volk und für die ganze Welt. Die Bundesregierung erwartet, dass geduldete Syrerinnen und Syrer nunmehr umgehend Deutschland verlassen und in ihre eigentliche Heimat zurückkehren.«



Wegen der auch in Sachsen immer häufiger auftretenden Waldbrände beschließen fast 2000 Bewohner gefährdeter Dörfer, nach Argentinien auszuwandern. Die dortigen Behörden verweigern die Einreise. Argentinien stehe für Weltoffenheit und Vielfalt; für Wirtschaftsflüchtlinge mit mutmaßlich extremistischem Hintergrund sei daher »kein Platz in der argentinischen Gesellschaft«.



Als Reaktion auf anhaltend schlechte Umfrageergebnisse versucht sich Carsten Linnemann in der FAZ unter dem Titel »Angela Merkel hat der Partei Schaden zugefügt« an einer Neuausrichtung der CDU. Für die vielfältigen Krisen der Gegenwart sei auch Angela Merkels Politik der konsequenten Zumutungsverweigerung verantwortlich. »Klima, Energie, Verkehrswende, Bahn, KI, Rüstung, Russland, Flüchtlinge – unter Angela Merkel hat die CDU weder Fragen gestellt noch Antworten präsentiert.« Mit der Öffnung der Grenzen habe sich Angela Merkel zudem bewusst über europäisches Recht hinweggesetzt. »Ein Wort zu halten und dies über Recht und Gesetz zu stellen«, so Linnemann, »mag vielleicht bei einem rechtmäßigen Vorgang noch verstanden werden, nicht aber bei einem rechtswidrigen Vorgang.« Die Partei müsse nun »laufen lernen«, sie komme nicht umhin, die »Zukunft selbst in die Hand zu nehmen und eigene Wege zu gehen«.



Eine »Initiative 18 2.0« setzt sich dafür ein, Art. 18 GG um einen zweiten Absatz zu ergänzen. Er soll lauten: »Wer sich konsequent und über einen längeren Zeitraum hinweg Angeboten zur politischen Bildung verweigert, dem kann auf Antrag das Wahlrecht entzogen werden. Zuständig ist das Bundesverfassungsgericht.« Gedacht sei an ein Punktesystem nach Flensburger Vorbild; wer gar keine Zeitung abonniert habe, erhalte jährlich einen Punkt, wer seine Nachrichten über Facebook oder Instagram beziehe, bekomme zwei, wer Telegram und vergleichbare Medien konsumiere, drei, während Tiktok mit dem Höchstwert von vier Punkten sanktioniert würde. Mit acht Punkten verliere man das Wahlrecht für eine Legislaturperiode. Abbauen lasse sich der Punktestand mit dem Wahl-O-Mat (zwei Punkte) oder dem Abonnement einer Tageszeitung (print).

Zur Begründung heißt es, neben dem Demokratiemißbrauch, den Art. 18 GG bislang ausschließlich vor Augen habe, sei mittlerweile auch der Demokratienichtgebrauch zur essentiellen und vielleicht sogar noch größeren Gefahr für das Gemeinwesen geworden. Demokratie brauche mündige Bürger; jeder habe die Wahl, sich in die Unmündigkeit zu begeben, dürfe dann aber nicht automatisch auf demokratische Teilhabe pochen.

*

Die Stadt Weimar hat bei der Bundesregierung offiziell Protest gegen Weimar-Vergleiche aller Art eingelegt. Die Rede von »Weimarer Verhältnissen« und die Gleichsetzung von »Berlin« mit »Weimar« suggeriere, dass das Leben in Weimar potentiell bedrohlich sei oder jedenfalls Anlass zur Klage gebe. Tatsächlich sei Weimar jedoch eine saubere und sichere Stadt, die ihren Bewohnern »jeden Tag viel Freude« bereite. Besonders aufgebrachte Abgeordnete fordern die Einführung eines strafbewehrten Verbots dessen, was sie »Weimar-Lüge« nennen.

*

Die Stadt Washington hat über die deutsche Botschaft ein Interesse an freiwerdenden Weimar-Vergleichen angemeldet. Man sei geehrt, in die Tradition von Schiller und Goethe treten zu können. Aus übergeordneten Gründen der US-amerikanischen Innenpolitik müsse allerdings sichergestellt sein, dass die sprichwörtlichen »Weimarer Verhältnisse« mittelfristig in »Washington circumstances« umbenannt werden könnten.

*

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern erzielt das neugegründete Bündnis Sani-Just Now auf Anhieb zweistellige Ergebnisse. Die basisdemokratisch organisierte Vereinigung möchte die Bundesbank dazu zwingen, abgelaufene Wert-Bons von Autobahn- und Bahnhofstoiletten künftig als offizielles Zahlungsmittel anzuerkennen. Die Bundesregierung erklärt, man müsse »die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernstnehmen«, um nicht »den rechten Rand zu stärken«.

*

Julia Klöckner wird Bundespräsidentin.

*

Nach der massenhaften Ausreise syrischer Staatsbürger muss im Osten Deutschlands knapp die Hälfte aller Krankenhäuser wegen Personalmangels schließen. Mehrere spektakuläre Todesfälle, die auf längere Anfahrtswege zurückzuführen sind, erhizen die Gemüter. Die AfD erklärt, Schuld an den Mißständen trage »alleine Robert Habeck«; diese Toten seien »auch seine Toten«.

*

Einer Gruppe von Computerlinguisten am MPI in Nijmegen ist es gelungen, im Nehrungskurischen 40 Worte für »Parteiverbot« zu identifizieren. Unter Fachleuten entsteht Streit, wie dies mit den enormen Wahlsiegen der NSDAP gerade in Ostpreußen in Einklang zu bringen sei. Ein Teil deutet dies als Beleg für eine überraschende demokratische Wehrhaftigkeit und den Beweis dafür, wie übermächtig die NSDAP schließlich gewesen sein müsse; andere vermuten gerade in dieser ausdifferenzierten Geschwätzigkeit eine Ursache für die Erfolge der Demokratiefeinde, weil man über die Worte offenbar die Taten vergessen habe. Für 2028 ist eine große internationale Konferenz zu dem Thema geplant, eine begleitende social-media-Kampagne beginnt bereits jetzt ([#wirsindparteiverbot/#wearepartyban/#mesesampartygynyba](#)).

*

Die EU hat angekündigt, 1 Mrd. Euro für die Entwicklung eines eigenen small language models bereitzustellen, mit dem EU-weit vergleichbare regionale und lokale Sprachfamilien wie die des Nehrungskurischen untersucht werden können. Offenbar seien auch im Burgenlandkroatischen, im Frankoprovenzalischen und im Ober-

sorbischen ungehobene Sprachschätze zu erwarten. Eine Pressemitteilung erläutert, man wolle auf diese Weise »Vielfalt in Europa sichtbar machen«, aber auch die »digitale Übermacht des Silikon Valley brechen«.

*

Witz (analog gebührenfrei, digitale Verwendung 1,99 Euro): Sagt Friedrich Merz zu Olaf Scholz im gemeinsamen Italienurlaub: »So habe ich mir Regieren aber nicht vorgestellt.« Darauf Olaf Scholz, von der Weißweinsauce an seinen Miesmuscheln schon ganz fröhlich: »Ja, es ist zum Kotzen.«

BENJAMIN LAHUSEN